

So viel Macht und wenig Spielraum

Eine absolute Mehrheit für François Hollande im Parlament

Gerd Niewerth*

» François Hollande, das siebte Staatsoberhaupt der Fünften Republik und nach François Mitterrand erst der zweite Sozialist im Elysée-Palast, hat dem Land einen neuen Anstrich verpasst. Denn seit dem zweiten Durchgang der Parlamentswahl steht fest: Hollande kann sich in den nächsten fünf Jahren auf eine absolute linke Mehrheit in der *Assemblée Nationale* stützen.

Premières observations

Doté d'une majorité absolue, François Hollande peut désormais gouverner. Pourtant, sa marge de manœuvre reste étroite. Réd.

Als „Weichei“ hatten sie ihn verspottet und als „Tretbootkapitän“ verhöhnepipelt. Als blassen Provinzabgeordneten aus der Corrèze. Als einen, der auf kein einziges Ministeramt zurückblicken kann und auf internationaler Bühne ohnehin ein unbeschriebenes Blatt ist. Selbst parteiinterne Widersacher wie die hartleibige Martine Aubry schmieren ihm genussvoll aufs Brot, dass nach seinem sang- und klanglosen Abtritt als Sozialistenchef angeblich gar nichts funktioniert habe in der PS-Zentrale in der *Rue de Solférino*. Ein Zerrbild, das sich jetzt ins genaue Gegenteil verkehrt hat.

Das Schreckgespenst der Kohabitation, das Frankreichs Innenpolitik in schwieriger Zeit dramatisch gelähmt hätte und die Europäische Union noch dazu, ist verjagt worden. Selbst auf die Stimme aus dem unberechenbaren Lager des linken Volkstribuns Jean-Luc Mélenchon ist Hollande nicht angewiesen. Die Machtbasis des neuen Staatsoberhauptes ist beeindruckend, ja beispiellos in der Fünften Republik. Selbst der charismatische Republikgründer, General de Gaulle, verfügte nicht über diese Machtfülle. François Hollande hat nicht nur ganz oben auf der Kommando-Brücke des Tankers Frankreich das alleinige Sagen,

auch unten im Maschinenraum bedienen fast nur Sozialisten die entscheidenden Hebel. Rosarot, wohin man blickt. Der neue Präsident der Nationalversammlung: ein Sozialist. Die Mehrheit in der zweiten Kammer: schon seit dem vergangenen Herbst sozialistisch. Dasselbe Bild in der Provinz: In 21 von 22 Regionen haben die Sozialisten die Mehrheit, in der überwiegenden Mehrzahl der rund 36 000 Gemeinden stellen sie den Bürgermeister.

Im Wahlkampf versprach er den Franzosen eine grundlegende Abkehr vom nervenden, neureichen „Bling-bling“-Stil seines Amtsvorgängers Nicolas Sarkozy. Ein „*président normal*“ will François Hollande sein. Zum Beweis lässt er den einst *Air Sarko One* getauften Regierungsjet im Hangar, wenn er jetzt zu EU-Gipfeln ins nahe gelegene Brüssel reist. Stattdessen steigt er mit seinem Beraterstab in der *Gare du Nord* in den Hochgeschwindigkeitszug *Thalys* und schreitet Hände schüttelnd zu seinem Sitz. Wo einst Prasserei und Prunk regierten, setzt Hollande auf Bescheidenheit und Demut. Die Gehälter seiner Minister und auch sein eigenes hat er demonstrativ um 30 % gekürzt. Dem tugendhaften Beispiel der Sparsamkeit haben auch die Bosse großer Staatsunternehmen Folge zu leisten. Ihr Gehalt darf in Zukunft 450 000 Euro im Jahr nicht mehr überschreiten. Außerdem gilt: Chefs dürfen demnächst nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehaltsempfängers verdienen.

* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

Französische Parlamentswahlen 2012

1. Wahlgang	10. Juni	%
Wahlberechtigte	46 083 260	
Wahlbeteiligung	26 373 299	57,23
Gültige Stimmen	25 952 859	56,32

2. Wahlgang	17. Juni	%
Wahlberechtigte	43 234 000	
Wahlbeteiligung	23 957 594	55,41
Gültige Stimmen	23 029 183	53,27

Parteien	Stimmen (1./2. Wahlgang)		% (1./2. Wahlgang)		Sitze	
	1. Wahlgang	2. Wahlgang	1. Wahlgang	2. Wahlgang	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Parti socialiste (PS)	7 617 996	9 420 426	29,35	40,91	22	258
Union pour un Mouvement populaire (UMP)	7 037 471	8 740 625	27,12	37,95	9	185
Verschiedene Linke (Divers gauche)	881 339	709 409	3,40	3,08	1	21
Europe-Ecologie-Les Verts (EELV)	1 418 141	828 916	5,46	3,60	1	16
Verschiedene Rechte (Divers droite)	910 392	418 135	3,51	1,82	1	14
Zentrum (Nouveau Centre)	569 890	568 288	2,20	2,47	1	11
Parti Radical de gauche (PRG)	429 059	538 324	1,65	2,34	1	11
Linksfront (Front de gauche)	1 792 923	249 525	6,91	1,08		10
Parti radical valoisien (PRV)	321 054	311 211	1,24	1,35		6
Front National (FN)	3 528 373	842 684	13,60	3,66		2
Mouvement démocrate (MoDem)	458 046	113 196	1,76	0,49		2
Zentrum (Alliance centriste)	156 026	123 352	0,60	0,54		2
Regionalpartei (Parti régionaliste)	145 825	135 354	0,56	0,59		2
Extreme Rechte (Extrême droite)	49 499	29 738	0,19	0,13		1
Extreme Linke (Extrême gauche)	253 580			0,98		
Grüne Partei (Parti écologiste)	249 205			0,96		
Andere	133 729			0,52		

In Deutschland haben 36,69 % der 68 399 Wahlberechtigten (25 314, davon 25 098 gültige Stimmen) ebenfalls François Hollande (32,23 %) und Nicolas Sarkozy (28,19 %) für die Stichwahl gewählt. François Bayrou kommt mit 14,5 % auf den dritten Platz, gefolgt von Eva Joly mit 11,18 %. Jean-Luc Mélenchon erhält 7,65 % der Stimmen, für Marine Le Pen stimmen nur 3,62 % der Deutschland-Franzosen. Die übrigen Kandidaten bleiben unter 1 %.

Quelle: Französisches Innenministerium



Die neue Nationalversammlung	Sitze
Parti socialiste (PS)	280
Union pour un Mouvement populaire (UMP)	194
Verschiedene Linke (Divers gauche)	22
Europe-Ecologie-Les Verts (EELV)	17
Verschiedene Rechte (Divers droite)	15
Zentrum (Nouveau Centre)	12
Parti Radical de gauche (PRG)	12
Linksfront (Front de gauche)	10
Parti radical valoisien (PRV)	6
Front National (FN)	2
Mouvement démocrate (MoDem)	2
Zentrum (Alliance centriste)	2
Regionalpartei (Parti régionaliste)	2
Extreme Rechte (Extrême droite)	1

Ein selbstbewusster Gegenspieler

Auch auf der internationalen Bühne legt François Hollande einen gelungenen Start hin. Ob auf dem G8- oder dem NATO-Gipfel, ob beim Europäischen Rat oder bei bilateralen Begegnungen mit den Obamas, Putins und Camerons: Der neue Mann im Elysée beweist staatsmännisches Format und wandelt sicher übers internationale Parkett. Sicheres Auftreten – das gilt insbesondere im Verhältnis zur deutschen Bundeskanzlerin. Zwar betont Hollande bei jeder Gelegenheit, wie hoch er den Wert der deutsch-französischen Partnerschaft für das Wohl seines Landes und der Europäischen Union einschätzt. Gleichwohl gibt er Angela Merkel unmissverständlich zu verstehen, dass sie es in Paris in Zukunft mit einem selbstbewussten Gegenspieler zu tun hat.

Mit seiner Wachstumsrhetorik und der gleichzeitigen Ablehnung des Spardiktats avanciert er sogar zu einer Art Liebling der europäischen Südstaaten. Er spricht den notleidenden Griechen und den krisengeschüttelten Spaniern und Italienern geradezu aus dem Herzen, wenn er sagt: *„Ich will kein Europa der Austerität, in dem die Nationen auf die Knie gezwungen werden.“* Mit diesem Kurs spricht er auch viele Landsleute an, die sich vehement dagegen sträuben, das im Wahlkampf von bürgerlicher Seite so sehr gelobte *„modele allemand“* zu übernehmen. Sie begrüßen, dass ihr Präsident *„Madame Merkel“* die Stirn zeigt.

Je mehr sich die Brüsseler Krisengipfel zur Rettung des Euro häuften, desto erkennbarer wurde die Machtstrategie von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel. Diese setzten auf eine Europäische Union, in der weniger die EU-Kommission und erst recht nicht das ziemlich bedeutungslose EU-Parlament die Richtung vorgeben, sondern einzig und allein die im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs. Dass das Gewicht der größten und zweitgrößten Volkswirtschaft hier besonders stark in die Waagschale fällt, hält François Hollande für eine krasse Fehlentwicklung. Immer wieder prangert er das *„deutsch-französische Direktorium“* an, das auch unter der Wortschöpfung *Merkozy* bekannt wurde. Selbst am Vorabend der Feierlichkeiten in Reims zum 50. Jahrestag der Versöhnungsmesse von Konrad

Adenauer und Charles de Gaulle in der einst von Deutschen zerbombten Kathedrale sagte Hollande der französischen Tageszeitung *L'Union*: *„Wir dürfen unsere Beziehung nicht wie ein Direktorium verstehen, in dem Frankreich und Deutschland alleine für Europa entscheiden.“* Ein Nachfolge-Modell à la *Merkollande* ist vorerst nicht in Sicht. Wie groß die Differenzen zwischen der Kanzlerin und dem Präsidenten sind, zeigt allein der Streitpunkt Euro-Bonds. Während François Hollande diese gemeinsamen Anleihen mit Nachdruck fordert, lehnt Angela Merkel (*„nicht solange ich lebe“*) sie kategorisch ab.

Prognosen darüber, ob und wie Berlin und Paris unter Hollande zusammenfinden, gehen vorläufig auseinander. Optimisten rechnen damit, dass der Pragmatiker und Pro-Europäer Hollande nach der Parlamentswahl recht schnell zu einer Kompromisslinie mit Angela Merkel finden wird. Sie verweisen auch auf die Nominierung des germanophilen Premierministers Jean-Marc Ayrault, eines ehemaligen Deutschlehrers. Skeptiker hingegen sehen eine längere, spannungsgeladene und konfliktreiche Phase voraus.

Eine beunruhigende Finanzlage

Die politische Macht François Hollandes ist groß und sein Reformwille wohl auch. Trotzdem wird auch er nicht über Wasser laufen können. Die entscheidende Frage bleibt, wie groß sein Gestaltungsspielraum wirklich ist. Gleich nach seiner Wahl führte er teilweise die Rente mit 60 wieder ein und versprach benachteiligten Familien Beihilfen zum Schuljahresbeginn. Doch dieses Zuckerbrot diente hauptsächlich dazu, wichtige Pluspunkte für die Parlamentswahl zu gewinnen. Wo die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas wirklich steht, enthüllte der Rechnungshof in dem mit Spannung erwarteten Bericht Anfang Juli. Der Kassensturz weist für dieses und nächstes Jahr ein Haushaltsloch auf, das weitaus größer ist als angenommen. Allein im laufenden Jahr beläuft sich der Fehlbetrag auf 6 bis 10 Milliarden Euro. 2013 fehlen sogar 33 Milliarden. *„Die finanzielle Lage unseres Landes ist beunruhigend“*, fasste der Präsident des Rechnungshofes, Didier Migaud, ein Sozialist, seinen Bericht ernüchternd zusammen.

François Hollande, der mit dem ehrgeizigen Versprechen angetreten ist, bis 2017 einen ausgeglichene Haushalt vorzulegen, steht vor einer Herkulesaufgabe. In diesem Jahr will er die Neuverschuldung von 5,2 auf 4,5 % und 2013 sogar auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes senken. Doch wie will er diese Defizitziele erreichen. Staatsausgaben senken oder Steuern erhöhen? Oder beides zusammen?

Das klaffende Haushaltsloch zählt zur unrühmlichen Hinterlassenschaft der konservativen Vorgänger-Regierungen. Allein in den letzten zehn Jahren explodierte Frankreichs Schuldenlast um 800 auf 1 800 Milliarden Euro. Die Staatsverschuldung liegt mittlerweile bei fast 90 % des Bruttoinlandsproduktes. „Damit befindet sich das Land in der Gefahrenzone“, diagnostizierte Mi-gaud nüchtern. Erschwerend hinzu kommen die ungünstigen Wachstumsprognosen. Finanzminister Pierre Moscovici hat sie für 2012 von 0,5 auf 0,4 % gesenkt. Im kommenden Jahr wird ein Wachstum von 1,0 bis 1,3 statt 1,75 % erwartet. Je geringer das Wachstum, desto spärlicher die Steuereinnahmen.

Um die Verschuldung in den Griff zu bekommen, empfiehlt der Rechnungshof eine „beispiellose Bremsung der Staatsausgaben“. Er erinnert daran, dass Frankreich mit einer Staatsquote von 56 % im OECD-Raum nur noch von Dänemark übertroffen wird. Hinzu kommt der aufgeblähte und verkrustete Staatsapparat. Zum Vergleich: Während Deutschland mit einem Schlüssel von 50 Staatsdienern je 1 000 Einwohner auskommt, sind es in Frankreich 90. Doch ungeachtet dessen hat Hollande im Wahlkampf versprochen, 60 000 neue Beamtenstellen im Bereich Erziehung, Schule und Polizei zu schaffen. Um wenigstens die Balance zu halten, müssten in anderen Bereichen Stellen im selben Umfang gestrichen werden.

In der Zwickmühle

François Hollande wandelt nicht über Wasser, sondern auf sehr dünnem Eis. Übertreibt er die ohnehin unbeliebte Sparpolitik, droht er Frankreich in eine Rezession zu stürzen. Lockert er die Zügel, etwa indem er die Sparziele um ein Jahr verschiebt, drohen die unerbittlichen Märkte gna-

denlos über das angeschlagene und schon einmal von den Rating-Agenturen abgestufte Frankreich herzufallen. Eine Zwickmühle.

Schon vor der Wahl hat der liberale Londoner *Economist* die „unbequemen Wahrheiten“ zur schwierigen französischen Wirtschafts- und Finanzlage aufgelistet. Mit einer Botschaft, die mehr Drohung ist: Lenkt der neue Präsident nicht gegen, steigt Frankreich ab zum neuen Sorgenkind Europas. Mit dramatischen Folgen: Es droht ein Flächenbrand, der kaum noch zu kontrollieren wäre. Experten raten Hollande deshalb immer wieder zu einer grundlegenden Strukturreform – zu einer umfassenden Modernisierung der Sozialsysteme und zu einer spürbaren Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Hollandes Reformwille ist eine Sache, der Reformzwang eine andere.

Wenn es um die unvermeidbaren Steuererhöhungen geht, möchten die neuen sozialistischen Machthaber am liebsten nur den Reichen und Großunternehmern in die Tasche greifen und die Mittelschichten sowie die Arbeiterklasse verschonen. Dabei ist sehr wahrscheinlich, dass auch die Sozialsteuer CSG, die von jedem Franzosen zu zahlen ist, ansteigen wird. Allein die Erhöhung um einen Prozentpunkt spült bereits 12,5 Milliarden Euro zusätzlich in die leeren Kassen. Streicht er auch noch die von Sarkozy 2007 eingeführte Steuerbefreiung von Überstunden, riskiert er unweigerlich, Arbeiter, Kleinverdiener und auch Lehrer gegen sich aufzubringen. Eine von der Zeitung *Le Journal du Dimanche* vom 8. Juli veröffentlichte Ifop-Umfrage belegt unterdessen, dass die Franzosen offenbar den Ernst der Lage verinnerlicht haben. 67 % sind danach zu Sparanstrengungen bereit und 84 % gehen sogar davon aus, dass auch die Unter- und Mittelschicht zur Kasse gebeten wird.

Den Aufbruch unter Hollande kritisch zu begleiten, wäre an sich die vornehme Aufgabe der Opposition. Doch das bürgerliche Lager ist vorerst mehr mit sich selbst beschäftigt. In der Post-Sarkozy-Ära spitzt sich nun die knifflige Frage zu, wer die Opposition in Zukunft führen soll. Die Entscheidung, ob es Ex-Premier François Fillon sein wird oder sein Gegenspieler, der UMP-Chef Jean-François Copé, wird wohl erst im November fallen.